

Boersche



Zeitung

10 Pfennig

Gegründet

1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erdrückungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag: H. H. Handwerker, Georg Bernhardt, Verwalt. Berlin (im Aum. d. Charlottenstr.) Carl Misch, Berlin, Urvort. Manuscripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ulsterstr., Amt Dönhof 8000-8005, für den Fernverkehr Amt Ulster 8001-8005, Telegramm-Adresse: Ulsterhaus, Berlin, Postcheckkonto Berlin 650.

Genf einmütig.

Das Protokoll angenommen.

Nachrichtendienst der „Boerschen Zeitung“.

Genf, 2. Oktober.

In der heutigen Wäberbundstagung wurde die Abstimmung über das Sicherheitsprotokoll vorgenommen. Sämtliche 47 anwesende Staaten stimmten den Resolutionen zu.

In den Einführungen wird den Regierungen, erstens die Annahme des Protokolls zu erster Ermüdung empfohlen, zweitens wird ein Protokoll zur Forderung aufgestellt, drittens wird ein Resolutionen Komitee für die Abstimmung zum Wäberbundstagung eingesetzt, viertens wird der Rat ersucht, die Abstimmungskonferenz unter den bekannten Bedingungen des Artikels 17 des Protokolls einzuberufen, d. h. sobald das Protokoll von drei führenden Staatsmitgliedern und zehn anderen Mitgliedern des Wäberbundes ratifiziert sein wird. Falls das bis zum 1. Mai nicht erfolgt ist, soll der Generaldirektor den Rat befragen, ob er die Einladungen annullieren oder die Abrüstungskonferenz vertagen soll, bis die nötige Zahl der Ratifikationen zusammen ist.

Ferner wird der Artikel 12 des Protokolls durch die Annahme der Resolutionen sofort in Kraft gesetzt. Sein Inhalt besagt: Folgende der Kommissionsmitglieder, unter denen der Rat zur Einführung der wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen berufen sein könnte, soll zur Verhinderung der Operationen, die den Interaktionen des Protokolls gegebenenfalls geboten werden können, der Rat sollte die wirtschaftlichen und finanziellen Organisationen des Wäberbundes auffordern, ihm einen Bericht über die Art der Bestimmungen der Einführung der Sanktionen und die Maßnahmen der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit zu erstatten, die in Artikel 16 des Abkommens und in Artikel 12 des Protokolls erwähnt sind.

Am Vorph dieser Informationen soll der Rat dann durch seine zuständigen Organe folgende Pläne aufstellen:

- 1. Die Aktionspläne zur Einführung der wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen gegen einen Grenzfaktor.
- 2. Die Pläne der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit zwischen einem angegriffenen Staat und den anderen Staaten, die ihm zu Hilfe kommen. Diese Pläne sollen den Mitgliedern des Wäberbundes und den übrigen Unterzeichnern des Protokolls mitgeteilt werden.
- Der Interdisziplinäre Komplex Graf Mendosoff machte den Vorschlag, man solle dem französischen Ministerpräsidenten

Beriet und dem einmütigen Ministerpräsidenten MacDonald telegraphisch von dem Ausgange der Abstimmung Nachricht geben. MacDonald erweiterte den Vorschlag dahin, daß er die vier Ministerpräsidenten der führenden Staatsmitglieder telegraphisch von der Abstimmung benachrichtigen werde.

In der gestrigen Nachtsitzung habe außer Irland und Fernor der englische Minister Henderson gesprochen.

Henderson erklärte zum Schluß, daß die englische Delegation die Rede Brändens beifällig begrüßt habe, und sagte dann wörtlich: „Wenn Frankreich und England Hand in Hand arbeiten, so können sie die Welt zu der von ihnen ererbten Abwärtung führen. Die Schwierigkeiten sind gewiß noch unzahlbar, denn die Willkürmäßigkeit des Krieges wird nicht so leicht zerstört werden können. Aber wenn die Völker einmütig den Willen dazu haben, dann wird auch diese Schwierigkeit lösbar.“

In der heutigen Sitzung sprach der französische Sozialist Paul Boncour, der in fast einstündigen Ausführungen mit großer Begeisterung und unter starkem Beifall des in den Kommissionen ausgearbeitete Wort des Welt, lebens feierte.

Paul Boncour erinnerte am Schluß seiner Rede an die Glocke im Münster zu Brüssel mit der Inschrift: *Vivos voco, mortuos plango, Ingens frango* — die Lebenden rufe ich, die Toten beklage ich, die Welt zerbrüche ich!

Am dem Tage, an dem das Wort von Genf vollendet sein wird, werden nicht nur diese Glocke, sondern alle Glocken der Schweiz und alle Glocken der ganzen Welt die Länder aufrufen zur Klage um die Taten ihrer Väter, und dann wird der furchtbarste Widerspruch der der Erde Menschheit gegenüber, in Beiseitig gebracht sein. Paul Boncour wurde nach seiner Rede von allen Seiten beglückwünscht.

Erwartung-Schwaben betonte, daß das Protokoll, wenn es wichtig in dem Geiste durchgeführt werde, in dem es geschlossen werden, einen großen Fortschritt bedeute. Zur Frage der Sanktionen wiederholte er die bereits von ihm in der Kommission gemachten Vorbehalte, wonach ein Land nicht zu größeren Leistungen verpflichtet werden solle, als es freiwillig und nach dem Grade seiner wirtschaftlichen und militärischen Leistungsfähigkeit unter Berücksichtigung seiner eigenen Lebensbedürfnisse leisten könne.

Seute nachmittags 5 1/2 Uhr endete die Wahl der nächsten digen Mitglieder zum Rat und danach der Schluß der fünften Wäberbunderversammlung fast.

Wenn etwa zweifelhaft ist, ob die Regierung bereits am Mittwoch bei der Abstimmung über den Wäberbündentag zu Fall kam, ist die Überlegung der Regierung angeht, der wäberbündentag als gefestigt anzusehen. Oestern abend fanden in den Klubs die Wäber, ob die Regierung schon am 8. Oktober oder über den 11. rüflichen Vertrag fahre, amnähend 1:1.

Verhandlungen mit Japan.

Wie die Z. U. erzählt, hat jetzt auch Japan um Handelsvertragsverhandlungen ersucht. Bei diesen besprechenden Verhandlungen wird es sich um eine gegenseitige Veränderung ungleichzeitiger Handelsbeziehungen handeln. Die Regierung hat bereits vor einhalb Jahren Schritte in dieser Richtung unternommen, die jedoch infolge der absehenden Wäberbündentag zu keinem Größeren führten.

Nach deutscher Seite wird die Wäberbündentag Handelsvertragsbeziehungen zu Japan lebhaft begrüßt, zumal dies kürzlich von der japanischen Regierung eingeführte Einfuhrbeschränkungs-system für farbige Stoffe ein vollständiges Droßelung der deutschen Handelsbeziehungen gleichdam. Man hofft in deutschen Wirtschaftskreisen, daß mit Abschluß eines Handelsvertrages auch diese einseitigen, nur gegen Deutschland gerichtete Handelsbeschränkungen Japans fallen wird. In diesem werden die bereits bestehenden „unvollständigen Handelsbeziehungen“ ein zweiseitiges Verhältniß als sehr gut bezeichnet. Die deutsche Maßnahme nach Japan betrug während der ersten vier Monate nur 50 Millionen Goldmark. Da Deutschland während der ersten sieben Monate dieses Jahres allein für 17 Millionen Mark Seide eingeführt hat, befehnt auf japanischer Seite ein lebhaftes Bedürfnis an dem Ausbau der deutsch-japanischen Handelsbeziehungen. (Siehe auch dritte Seite.)

Der Irrtum der Volkspartei

Der Reichstagsler wird — wie bereits angeblidit wurde — heute nachmittag die Führer der Koalitionsparteien, des Zentrum, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei, empfangen, um mit ihnen die Möglichkeiten einer Koalitions-erweiterung und einer Umwidmung der Reichsregierung zu erörtern. Es ist nicht anzunehmen, daß sich in dieser ersten Aussprache Einigigkeiten will gefehlet werden können. Die Parteiführer werden verbindliche Erklärungen vermuthlich abhängig machen von Einführungen ihrer Fraktionen, die noch einberufen und gehört werden sollen. Der Reichstagsler hat aber bereits für morgen 11 Uhr vorntags die Vorbereitung der Sitzung im Reichstagsgebäude für die morgige Tagungstagung um fünf 1/2 Uhr nachmittags bei der deutschen nationalen Fraktion zu sich geladen. Das läßt zweierlei Schließen zu: entweder glaubt Dr. Marx, daß ihn die heutigen unverbindlichen Erklärungen ausreichend genug über die in den Koalitionsparteien vorhersehenden Aufstellungen unterrichten werden, um die Verhandlungen auch mit den anderen Parteien anzufangen zu können, oder aber er stellt das Scheitern seines ebenfalls einer Koalition der Koalitionsgesellschaft voraus und will nicht noch unnütz Zeit verlieren. Es befehnt für nur eines reichen Blickes in die heutige Morgenpresse der deutschen nationalen Richtung und man ist darüber unterrichtet, daß die Rechte der Reichstagsler den Reichstagsler rundweg ablehnt, noch eher er sich offiziell unterbreiten werden soll. „Lupien des Reichstagsler“ nennt die „Freizeitung“ die Obenante, die Dr. Marx gestern im Zentrumsaum entwickelt hat.

Die Art der Volkspartei, wie sie sich Dr. Marx befehnt, lehnen wir für unseren Zielab. Für uns kann die Volkspartei mit einer nationalen und einer internationalen eingeführten, marxistischen Partei festhöflich nicht in Frage kommen. Sie ist eine starke Unmöglichkeit. Die deutsche nationale Volkspartei möchte ihre Grundsätze völlig verlegen, wenn sie sich zusammen mit Vertretern der Sozialdemokratie an den Regierungsgesellschaft feste.“

Man sollte meinen, es gäbe nur einen Begriff und nur eine Form der Volkspartei. Der Reichstagsler hat sie sehr treffend formuliert als „eine Zusammenfassung aller nationalen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte“. Darin liegt das konvergente Ziel eine bestmögliche und ungeteilt am besonders vorzuziehende Art der Volkspartei, in die die deutschen nationalen nicht einfließen könnten.

Die Wäberbündentag des Reichstagsler, wie sie von ihm in der „Germania“ dargestellt werden, müssen unsere Gedanken, voranzugest, daß das darannten an die Sozialdemokratie zu sein gemeint ist, zu beschreiben den Zustand der deutschen nationalen in das Kabinett Marx zu ermöglichen machen.“

Wenn also die Sozialdemokratie morgen nicht den früheren tatsächlichen Fehler begeht und nicht von vornherein und prinzipiell zu dem Vorschlag des Reichstagsler, „Rein!“ sagt — vorausgesetzt, daß die großen Interessen des außen- und innenpolitischen Regierungsvertrages in einer Koalition der Volkspartei nicht allzu klar absehbar werden — die deutschen nationalen ihre Zustimmung versagen und zu den anderen Parteien, mit denen sie sich reichlich befehnt haben, auch noch die Last der Verantwortung für das Scheitern des Obenante einer Koalitionsgesellschaft tragen. Was wird die Folge sein? Der reine Bürgerblock, ohne die Demokraten natürlich, wird dann noch unzulässiger sein als vorher. Das Zentrum, in dem nur eine Wäberbündentag mit der Idee des Bürgerblocks sympathisiert, wird nach der deutschen nationalen Ablehnung noch weniger sein, als eine unzulässige, beizuten Reichstagsler teilzunehmen, an einer Kombination, die tatsächlich einen sicheren Trennungsgesetz durch das deutsche Volk zieht, dessen eine Hälfte der anderen feindlich gegenübersteht. Ein deutsches nationales Rein würde allen Bürgerblock-Strömungen ein Ende bedeuten. Reichlich bliebe dann die Möglichkeit eines Weitervertrages des Kabinett Marx. Die sich gegen eine Wäberbündentag Koalition stellen kann, in Wirklichkeit aber, wie sich gezeigt hat, für seine Politik im Reichstags eine mehr als ausreichende Mehrheit gehabt hat und weiterhin haben kann.

Das Kabinett Marx wird nicht nur nicht durch die Opposition der Reichsparteien — auch wenn sie „verdrückt“ werden sollte — und nicht durch die Opposition der mit der Regierung in dem Marx marschierenden Kommissionen ernstlich bedroht sein. Es kann unzulässig, und gespenst werden durch die Mehrheit in eigener Sache, durch ein Abstreifen der Deutschen Volkspartei, die zwar verdrückt, nicht den Bürgerblock zu erwidern, aber vom Reichstagsler sehr einseitig zu die Einbeziehung der deutschen nationalen gefordert hat. Wird die deutsche Volkspartei auch nach dieser deutschen nationalen Ablehnung einer Koalitionsgesellschaft, die sich gegen die Mehrheit und auf den Reichstagsler hindrängt? Die Deutsche Volkspartei hat in den letzten Wäberbündentag so viele und so unbedeutende Fehler gemacht, daß man auf weitere vorbereitete

England vor Neuwahlen.

Nachrichtendienst der „Boerschen Zeitung“.

London, 2. Oktober.

Wie wir bereits vorerzählt abend in der Lage waren, anzunehmen, hat die konteraktive Partei gestern nachts im Unterhaus einen Wäberbündentag an die Regierung eingebracht, weil der Generalstaatsanwalt — wie von der Konteraktive behauptet wird, die am agitatorische Tätigkeiten einiger Mitglieder während der Reizeszeit einer öffentlichen Kritik zu entziehen — die Strafverfolgung eines Kommunisten, der die Wäberbündentag zum Ungehorsam aufgefordert hat, einstellen ließ. Der konteraktive Antrag hat folgenden unabweisbaren Wortlaut:

„Das Haus ist der Ansicht, daß das Verhalten der Königin Regierung Geld verdient, soweit es sich auf die Einführung und darauf folgende Einstellung der Strafverfolgung gegen den Reaktor der „Wäberbündentag der Arbeiter“ bezieht.“

Ferner hat Souaitz gefordert, nachdem das britische Gesetz in zweiter Lesung mit 291 gegen 224 Stimmen angenommen war, in der Form eines begründeten Wäberbündentag die Ablehnung des englisch-russischen Vertrags beizutragen. In diesem Antrag wird ausgedrückt, daß, wenn die Regierung bereit ist, die Frage der englisch-russischen Handelsbeziehungen zu fördern und durch vertragliche Abmachungen die Rechte der englischen Schiffer zu sichern, sowie den Russen Rechte zu Handelsverträgen zu eröffnen, der vorliegende Vertrag abzuehnt werden müsse, weil er nach gesetzlich unzulässigen Umständen wider den Ausland lenkt, die in England notwendig gebraucht werden, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Produktion zu fördern.

